



Die Zukunft mitgestalten!

von Bürgermeister Wolfgang Kovacs

Trotz der derzeit schwierigen Situation für uns alle, leben wir in einer spannenden Zeit. Große Veränderungen im Energiebereich, Stichwort „Klima“, aber auch viele andere Lebensbereiche stellen uns vor gro- ße Herausforderungen. Das letzte Jahr führte zu Verschuldung, Arbeitslosigkeit und damit verbunden zu sozialen Krisen.

Viele jener Fragen die in den nächsten Jahren zu lösen sind, betreffen auch unser unmittelbares Umfeld: Unser Dorf, unsere Naturlandschaft und unser soziales Gefüge! Es geht letztendlich um die Gestaltung unseres unmittelbaren Lebensraumes und die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen!

Wir alle sind gefordert und müssen uns immer wieder entscheiden, ob wir zu- warten, was andere für uns planen oder ob wir unsere eigene Zukunft zumindest mitgestalten wollen. Besonders in einem Dorf ist dies ein ganz wesentlicher Unter- schied, da gerade hier die Möglichkeiten zur Mitgestaltung bedeutend größer sind.

Wir stehen nun im letzten Jahr vor der Gemeinderatswahl, die letztendlich die Weichen für die kommenden fünf Jah- re legen wird. Natürlich geht es dort um unterschiedliche Parteien, Mandate und

letztendlich die Funktion des Bürgermeis- ters. Damit geht es auch darum, welche Partei für welche Inhalte eintritt und damit den Weg unseres Dorfes für die nächsten Jahre bestimmen wird.

Die Liste Parndorf LIPA ist eine Bürgerlis- te und keine große Partei. Wir verfolgen keine ideologischen Ziele, fühlen uns, wie schon der Name sagt, den BürgerIn- nen dieses Dorfes verpflichtet. Gerade deswegen ist es aber für uns so wichtig, engagierte und interessierte Menschen in unsere Arbeit einzubinden. Auffrischung tut auch einer erfolgreichen Bürgerliste wie uns nach jahrzehntelanger Arbeit gut. Wenn Sie Interesse an der Entwicklung unserer Gemeinde haben und gleichzei- tig diese Lust verspüren, mitgestalten zu wollen, dann setzten sie diesen Schritt! Nehmen sie Kontakt mit uns auf und nüt- zen sie die Chance zu einem offenen Ge- spräch. Gerade jetzt müssen wir unsere Zukunft in die Hand nehmen!



Nr. 98 | April 2021

**„Ferien für alle“
...noch nicht!**

Infolge vieler Anfragen bezüglich einer Ferienbetreuung wurde die- se Idee aufgegriffen. Mittels einer Umfrage wurde versucht, einen Bedarf konkreter zu erkennen, um dann die notwendigen Schritte zu setzen. Überraschenderweise war es dann letztendlich ein sehr geringes Interesse, offenbar ist derzeit der Bedarf nicht gegeben. Leider sind es für 2021 zu wenige, um dieses Projekt sinnvoll umset- zen zu können.

Wir werden nächstes Jahr wieder eine Erhebung durchführen, viel- leicht ist dann mehr Bedarf vorhan- den. Genau so sollte aber „Politik“ in einem Dorf auch funktionieren: Anliegen hören, dann überprü- fen und entsprechend handeln!



„Parndorf geht“ – Unser Projekt startet durch von Gem.Vorstand Michael Boschner

Unsere Gemeinde ist seit ein paar Jahren Klimabündnisgemeinde. Im Zuge dieser Kooperation haben sich Eisen- stadt, Parndorf und Neufeld/Leitha zum Projekt „Aktive Mobilität - Burgenland geht“ entschlossen. Ziel des Projektes ist es, den Fußgehern & Fußgeherinnen in den Gemeinden wieder jene Bedeutung zu geben, die sie verdient haben. Denn jeder Autofahrer ist Fußgeher, aber nicht jeder Fußgeher ist Autofahrer!

„Parndorf geht“ ist dabei jener Teil, der unsere Gemeinde direkt betrifft. Leider hat uns Corona 2020 etwas zurückgeworfen. Die Umstellung auf Online-Meetings in der zweiten Jahreshälfte hat allerdings frischen Schwung in unser Projekt gebracht. Wir haben Ideen besprochen und vorbe- reitet, die wir bis 2022 auch umsetzen wollen.

So wurde im Februar 2021 unter der Bevölke- rung eine Online-Befragung zum Thema „Zu- Fuß-gehen“ durchgeführt. Danke an alle, die sich an dieser Befragung beteiligt haben! Die Ergebnisse dieser Befragung wurden Mitte März in einer gemeinsamen Online-Veranstal- tung mit Eisenstadt und Neufeld/Leitha prä- sentiert und werden bei der weiteren Behand- lung des Themas auch berücksichtigt werden.

Parallel zur Präsentation der Ergebnisse konnten alle Teilnehmer der Veranstaltung einem sehr interessanten Vortrag von Prof. Dr. Hans-Peter Hutter, Public-Health-Ex- perte, lauschen. Eigentlich war der Vortrag als Veranstaltung vor Publikum geplant.

Corona-bedingt musste leider auf das In- ternet ausgewichen werden. Prof. Hutter schilderte nicht nur die Bedeutung des Gehens für jede einzelne Person. Insbe- sondere sprach er auch die Bedeutung von Bewegung gerade während Corona an.

Teil des Projektes ist auch die Ausbildung zu Mobilitätsbeauftragten für Gemeinden. GR Hans Rechberger und ich haben diesen Part für unsere Gemeinde übernommen. Im Zuge des Lehrgangs arbeiten wir unter anderem ein Fußgeherleitsystem für Parndorf aus (Pro- jektarbeit). Was von diesem Projekt letztend- lich umgesetzt werden wird, obliegt natürlich der Entscheidung des Gemeinderates.

Apropos Gemeinderat: Der örtliche Gemein- derat wurde von mir im März zu einer GEHmei- nedeRADsitzung eingeladen. Jedes Mitglied des Gemeinderates soll nach Möglichkeit zu Fuß oder mit dem Rad zu Gemeinderatssitzungen erscheinen und so zu einem Vorbild für die Dorfgemeinschaft werden. Denn die meisten Wege innerhalb der Gemeinde könnten tat- sächlich ohne Auto zurückgelegt werden.

Weitere Pläne von „Parndorf geht“ werden in den folgenden Monaten folgen. Lassen Sie sich überraschen und vergessen Sie nicht: Jeder Fortschritt beginnt mit einem erster Schritt! G'sund bleiben!

Wir wünschen Ihnen ein Frohes Osterfest

Das Team der
Lipa Liste
Parndorf





Gesund & teurer!

Große Aufregung herrscht in den Schulen und Kindergärten. Mittels Verordnung der Landesregierung wurden strenge Vorgaben bezüglich des Bioanteils im Essen der Einrichtungen vorgeschrieben. Wenn eine Gemeinde diese Auflagen nicht erfüllt, so werden Unterstützungen reduziert. Die Gemeinden haben daher eigentlich keine Wahl - sie müssen die Vorgaben erfüllen!

Es ist ganz klar, dass Bioprodukte ihren Preis haben. Wir erleben das tagtäglich bei unseren Einkäufen. Aber fast noch schlimmer ist der bürokratische Aufwand für diese Umsetzung. Es müssen genaue Aufzeichnungen geführt werden, was wo gekauft wurde, natürlich mit dem entsprechenden Bionachweis. Der rasche Einkauf beim Gemüsestandl ist damit vorbei. Die Lebensmittel müssen dann auch noch getrennt gelagert und auch die Rechnungen entsprechend zugeordnet werden. Ein bürokratischer Wahnsinn! Natürlich steht in der Verordnung kein Wort darüber, wer das alles finanzieren soll.

Am Ende bleiben dann schockierte Eltern über. Verständlich, wenn die Kosten für das tägliche Essen plötzlich um einen Euro steigen. Der „Böse“ ist mit dem Lieferanten oder der Gemeinde schnell gefunden. Zu Unrecht, die Ursache liegt nicht bei uns. Die Volksschule wird von einer Firma beliefert und musste teurer werden. Noch schlimmer ist es in den Kindergärten. Dort wurde der Preis für das Essen seit 17 Jahren (!!!) nicht erhöht und beträgt nur zwei Euro je Portion. Wir sind eine der letzten Gemeinden des Landes, die noch selbst kochen. Der Gemeinde bringt das einen jährlichen Verlust von über EUR 100.000. Durch die „Bioregelung“ wird dieser Verlust noch deutlich höher.



Mehr Platz für Parndorfs Ziesel

von Umweltgemeinderätin Eva Nebenmayer

Mit einer guten Nachricht starten Parndorfs Ziesel dieser Tage aus dem Winterschlaf in den Frühling. Das Schutzgebiet unserer Zieselkolonie nordöstlich von Parndorf wird erweitert. Land Burgenland und Grundeigner BELIG meinen es gut mit den putzigen Nagern und so kommen zu den bestehenden geschützten 7 ha noch 3,5 ha hinzu.

In den letzten Jahren waren Parndorfs Ziesel durchaus mobil, teilweise bewohnten sie Erdhügel und Flächen in den angrenzenden neuen Siedlungen, teilweise wurden sie auch in den Anlagen der nahen Genossenschaften gesichtet. Ein Grund für die gesteigerte Mobilität sind Greifvögel in den Akazienwäldern rund um das bestehende Schutzgebiet. Der Baumbestand breitet sich

Richtung Wiese aus und bringt die Feinde der Ziesel dadurch näher an deren Bauten, was diese wiederum verdrängt.

Ein weiterer Grund sind die regelmäßigen Störungen durch Hunde, Katzen und manche Spaziergänger, die leider ihre Hunde quer durch das Schutzgebiet und ohne Leine führen. Das verursacht Stress und Unruhe in der Kolonie. Daher

versuchen die Nager andere ruhigere Plätze zu finden. Alles Gründe warum unsere Zieselkolonie unter Druck geraten und in letzter Zeit kleiner geworden ist.

In mehreren Gesprächsrunden mit Zieselexperten, der Naturschutzabteilung des Landes und Vertretern der Naturschutzorgane ist es nun gelungen, Maßnahmen abzustimmen, um Parndorfs Ziesel noch stärker zu schützen.

- das bestehende Zieselschutzgebiet wird erweitert
- die Flächen werden regelmäßig gemäht und gepflegt
- die Akazienwälder werden sukzessive auf eine Linie zurückgedrängt
- die Leinenpflicht für Hunde wird auch auf die Erweiterungsfläche ausgedehnt
- zukünftig soll eine zaunähnliche Befestigung an der Grenze zum Siedlungsgebiet die Ziesel vom Wandern abhalten und Ruhe ins Gebiet bringen
- das offizielle Wegenetz wird auf Infotafeln an den Zugängen zum Schutzgebiet ausgewiesen und soll Spaziergänger über das richtige Verhalten und die Lebensweise der Ziesel aufklären
- Beweidung soll die Qualität des bestehenden Trockenrasens heben – dazu auch ein Aufruf an alle Interessenten: bitte wenden Sie sich an die Gemeinde sollten Sie gemeinsam mit der zuständigen Abteilung des Landes Burgenland Beweidung auf der Parndorfer Heide initiieren wollen. Ideal wäre Beweidung durch Kühe oder Schafe.



Die Parndorfer Zieselwiese heute. Sollten Sie Fotos aus früheren Zeiten haben, würden wir uns freuen diese in der Topothek der Gemeinde präsentieren zu dürfen.



Die Heimat der Parndorfer Ziesel ist ein Europaschutzgebiet. Bitte bleiben Sie auf den Wegen!

Putzig sind sie, aber gefährdet. Jetzt bekommt die Kolonie mehr Platz zum Leben.

Zum Start in den Frühling dürfen wir nochmals an alle Spaziergänger und Hundehalter appellieren: bleiben Sie bitte auf den Wegen, queren Sie nicht die Wiese und leinen Sie Ihre Hunde an, denn die Zieselwiese ist ein ausgewiesenes Naturschutzgebiet, in dem die Tiere Vorrang vor den Menschen und ihr Recht auf Ruhe haben.



Wer soll das bezahlen?

von Gemeinderat Stefan Vestl

Ich halte ja grundsätzlich anständige Mindesteinkommen für keine schlechte Idee, vor allem wenn dabei jene MitbürgerInnen profitieren, die benachteiligt sind und kaum Chancen auf höhere Einkommen

haben. Die Mindest-Lohnhöhe ist allerdings zu hinterfragen - genauso wie die Herangehensweise unserer Landesregierung, die mit Ihrem lautschreierischen Wahlversprechen hohe Erwartungshaltungen auf Seiten der davon profitierenden Gemeindebediensteten weckte.

Diese Ankündigungspolitik des Landes lässt uns Gemeinderäten freilich wenig Spielraum für unsere Entscheidung, ob wir dieser Reform zustimmen oder nicht. Allerdings kostet die Besoldungsreform uns als Gemeinde grob überschlagen in den Anfangsjahren EUR 300.000 jährlich - bevor wir diesen Betrag ausgeben können, muss er erst einmal eingenommen werden...

Man könnte nun annehmen, dass sich das Land - wenn sie den Gemeinden schon so locker diese Mehrkosten aufhast - sicherlich auch etwas überlegt hat, wie sie die Gemeinden dahingehend entlastet. Diese Frage habe ich am 1. März an unsere Landesregierung gerichtet. Bereits am Tag darauf erhielt ich auch schon ein Antwort-Mail, in welchem allerdings nur rudimentär auf meine Frage eingegangen wurde. Stattdessen waren viele Paragraphen

und Gesetzestexte enthalten, aus welchen im Wesentlichen hervorgeht, dass die Gemeinde erst die Kosten abwägen müsse und dann auf Basis dessen eh frei entscheiden kann, ob sie der Besoldungsreform zustimmen möchte oder nicht.

Mit dieser ausweichenden No-Na-Antwort konnte ich wenig bis gar nichts anfangen, daher habe ich meine Frage nochmals in konkretisierter Form ans Land gestellt: „Welche Überlegungen wurden seitens des Landes angestellt, wie diese Besoldungsreform für die lohnauszahlenden Arbeitgeber – also die Gemeinden – finanziell verkraftet werden kann? Was bieten Sie uns Gemeinden als Gegenleistung?“ Die Antwort kam nicht ganz so schnell, genau genommen warte ich noch heute darauf.

Keine Antwort ist auch eine Antwort - bleibt nur zu hoffen, dass die Landesregierung ihr politisches (Klein-)Geld nicht auf Kosten von uns Gemeinden macht.



Besoldungsreform im Burgenland - Das ist alles sehr kompliziert ...

von Gemeinderat Peter Neuner

Die Besoldungsreform des Landes Burgenland (Schlagwort: Mindestlohn von EUR 1.700 Netto) soll jetzt auf die Gemeinden übertragen werden. Die Entscheidung muss die Gemeinde treffen.

EUR 1.700 netto Mindestlohn (das sind EUR 2.450 brutto und ca. EUR 3.000 Dienstgeberkosten) klingt hervorragend, wirft aber einige Fragen auf. Für die Gemeinde sind jedenfalls die Kosten von großer Bedeutung. Da die derzeitigen GemeindemitarbeiterInnen sich entscheiden können, ob sie in das neue System wechseln werden (niemandem wird etwas weggenommen) und daher nur diejenigen wechseln werden die davon profitieren und neue MitarbeiterInnen jedoch immer mit den erhöhten Anfangsbezügen zu entlohnen sind, entstehen jedenfalls hohe Umstiegskosten (da es im neuen System keine oder geringere Stufensprünge gibt, und die diversen Zulagen wie Schmutz-, Erschwernis, Gefahrenzulage, Personal- und Teuerungszulage etc. entfallen) sind die langfristigen Kosten wahrscheinlich nicht so exorbitant. Sie müssen erst berechnet werden.

Der neue Mindestlohn betrifft nicht nur jene MitarbeiterInnen, die derzeit weniger verdienen (Reinigungskräfte, Hilfskräfte u.s.w.), sondern auch jene mit weniger Arbeitsjahren bei der Gemeinde. Wenn der Mindestlohn eingeführt wird, könnte dies zu einer Auslagerung führen (Reinigungsfirmen statt angestelltes Reinigungspersonal, Leihpersonal für Hilfsarbeiten, Verzicht auf Ferialangestellte, Beauftragung von Firmen anstatt Beschäftigung von GemeindemitarbeiterInnen, etc.), damit die Kosten verringert werden. Weniger sozial geprägte Gemeinden werden das wohl so machen, finanzschwächere Gemeinden könnten dazu gezwungen sein. Für Parndorf ist diese Vorgangsweise nicht vorstellbar.

Die bisherigen Mindestgehälter sollten natürlich auf ein Niveau angehoben werden, von dem man in Österreich leben kann.

Wenn man jedoch bedenkt, dass der Mindestlohn in der Slowakei ca. EUR 620 brutto, in Ungarn EUR 450 brutto (Daten von Eurostat) beträgt, erscheinen EUR 2.450 im Burgenland unter Berücksichtigung der Umgehungsmöglichkeiten und Auswirkungen nicht verhältnismäßig. Ob, wie Gerüchte (die ich nicht verifizieren konnte) sagen, einfach Brutto und Netto verwechselt wurden oder das Engagement im Wahlkampf einen klaren Gedankengang blockiert hat, können wir nicht beurteilen. Die Gemeinde wird, wenn die Mehrkosten berechnet sind und ein Konzept für die weitere Vorgangsweise erarbeitet sein wird, entscheiden, ob (oder wahrscheinlich wann) das neue Gehaltsschema eingeführt wird. Da im heurigen Budget keine Gelder dafür geplant und wegen Corona heuer keine großen zusätzlichen Ausgaben verkraftbar sind, ist die Umsetzung frühestens im nächsten Jahr denkbar.

EU-Bürger, Wahlrecht sichern!

Im Jahr 2022 finden die nächsten Gemeinderatswahlen statt. Dies ist ein guter Zeitpunkt, über die Besonderheiten des Wahlrechtes zu informieren. Bei den Gemeinderatswahlen im Bgld haben EU-Bürger und Personen mit Nebenwohnsitz die Möglichkeit, an der Wahl teilzunehmen und somit von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen. Die Eintragung in das Wählerverzeichnis erfolgt jedoch nicht automatisch. Es ist notwendig, einmalig ein Ansuchen für die Eintragung zu stellen. Ist diese Eintragung bereits einmal erfolgt, sind keine neuerlichen Anmeldungen notwendig. Das entsprechende Formular bekommen sie am Gemeindeamt. Nützen sie diese Möglichkeit, um dort mitzugestalten, wo sie wohnhaft sind!



Top-Neuigkeiten zum Thema Breitspurbahn von Gemeindevorstand Wolfgang Daniel

Parlamentarische Anfrage bezüglich der seit November 2019 ausständigen Antworten an das zuständige Bundesministerium gestellt! Am 18. Februar 2021 wurde abermals eine parlamentarische Anfrage von drei Abgeordneten an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Leonore Gewessler, gestellt!

Im Mai 2020 hat das Bundesministerium betreffend „Gegen die Breitspurbahn in unserer Region“ in einer Stellungnahme mitgeteilt, dass eine Strategische Prüfung- Verkehr (SP-V) für das Bauvorhaben des österreichischen Abschnitts nach wie vor durchgeführt wird. Dies ist bis dato die letzte offizielle Auskunft über den Stand des SP-V Verfahrens.

Keine einzige Eingabe im Zuge des Verfahrens aus November 2019 wurde bis heute seitens des Ministeriums schriftlich beantwortet – der aktuelle Stand des Verfahrens ist nicht bekannt.

Die Beantwortung und Prüfung der Eingaben im Zuge des SP-V-Verfahrens, welche durch eine Vielzahl an Gemeinden aus den Bezirken Bruck an der Leitha und Neusiedl am See sowie auch durch unabhängige Vereine und Organisationen erfolgt ist, ist ein rechtliches Erfordernis.

Somit wurden bei dieser Anfrage folgende Fragen gestellt:

1. Ist das SP-V-Verfahren bereits abgeschlossen worden?
 - a. Wenn ja, wann ist das erfolgt? Warum wurde das Ergebnis bislang nicht veröffentlicht?
 - b. Wenn nein, bis wann ist mit einem Abschluss zu rechnen?
2. Warum wurden sämtliche schriftlichen Eingaben der Gemeinden sowie der Vereine und Organisationen nicht beantwortet? Erfolgte dies, um der Bürgerinitiative „Stopp der Breitspurbahn“ die Möglichkeit für fristgerechte Initiativen zu nehmen?
3. Wird seitens des Ministeriums eine Verordnung über die Hochleistungsstraßengenehmigung für die Breitspurbahn kommen?
 - a. Wenn ja, wie lange ist hier die Devolutionsfrist der Behörde?
4. Wie lange hat der (sich aufgrund des SP-V-Verfahrens ergebende) Umweltbericht Gültigkeit, ehe ein neues Verfahren zur Prüfung ein geleitet werden muss?
5. Das Breitspurbahn-Projekt umfasst neben Österreich u.a. auch die Slowakei. Wie ist der aktuelle Stand des Breitspurbahn-Projekts in der Slowakei? Wie erfolgt diesbezüglich eine länderübergreifende Abstimmung?
6. Welche öffentlich-rechtlichen Möglichkeiten bestehen nun für die Bürgerinitiative gegen die Breitspurbahn, um sich im weiteren Verfahren einzubringen?

Parndorf in 10 Jahren?

Es gibt nur wenige Gemeinden in Österreich, die eine ähnlich dynamische Entwicklung wie Parndorf haben. Das extreme Wachstum sowohl bei den Wohngebieten als auch bei den Betriebsflächen ist ungewöhnlich und wird von der Bevölkerung durchaus mit einem lachenden und weinenden Auge betrachtet. Das Dorf in seiner alten Form hat sich total verändert. Immer mehr neue Flächen, die bisher nicht verbaut waren, gehen der Natur verloren. Es ist eine Spirale, aus welcher es nur schwer ein Entkommen gibt. Wir haben Arbeitsplätze und daher ziehen Menschen in unser Dorf. Dies führt wieder zu einer Bautätigkeit bei Kindergärten, der Schule und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Viele Gemeinden sterben langsam aus. Der letzte Greisler und Gastwirt verschwindet, es gibt keinen Arzt, keine Apotheke und oft sind sogar Schulen und Kindergärten von der Schließung bedroht. Als Folge zieht die Jugend weg. Dieses Schicksal bleibt Parndorf erspart - wir sind eine junge Gemeinde.

In den nächsten Monaten wird sich der Gemeinderat sehr intensiv mit diesen Fragen beschäftigen. Der örtliche Entwicklungsplan muss alle zehn Jahre neu erarbeitet werden. In diesem Projekt wird festgelegt, ob und wo es noch Entwicklungsflächen für Betriebe oder Wohngebiete geben soll. Es wird aber auch festgelegt, ob weitere Flächen für Windräder oder Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt werden. Nicht zu kurz darf auch die andere Seite unserer Gemeinde kommen: Naturflächen, Schutzgebiete, Erholungsräume und erhaltenswerte Grünflächen müssen und sollen ebenfalls abgesichert und ausgebaut werden. Es ist ein längerer Diskussionsprozess zu erwarten, in dem auch die Bevölkerung eingebunden wird.

Seeresidenzen: ungelöste Fragen

Vor rund 15 Jahren wurde in einer Blitzaktion die Fläche der heutigen Seeresidenzen als Bauland-Wohngebiet gewidmet. Leider wurden damals offenbar viele Themen nicht bedacht, heute werden aber unbedingt Lösungen benötigt.

Die Straße vom Hanaweg zum öffentlichen Teil des Teiches ist noch immer unbefestigt. Der Gemeinderat hat schon vor langer Zeit den vorgelegten Entwürfen zugestimmt, umgesetzt wurden sie noch nicht. Verantwortlich ist hier nicht die Gemeinde, sondern die Fa. Böhm. Sie ist zur Errichtung dieser Straße vertraglich verpflichtet. Erst nach deren Errichtung können Löschungen in den Grundbüchern vorgenommen werden.

Noch problematischer sehen wir den Einfahrtsbereich in die Siedlung. Offenbar hat sich damals niemand Gedanken darüber gemacht, dass in dieser Siedlung einmal 500 Menschen leben werden. Darunter viele Kinder, die auch in die Schule fahren müssen. Kurz gesagt, dort steht ein ganz großes Problemfeld an: Der Verkehr ist viel zu schnell unterwegs. Von Neudorf kommend gibt es keine Abbiegespur und damit ist das Risiko eines Verkehrsunfalls sehr groß. Auch die Beleuchtung in der Einfahrt fehlt. Zu guter Letzt fehlt auch die öffentliche Verkehrsanbindung. Gerade für die Schulkinder wird eine Bushaltestelle immer wichtiger. Viele Themen, welche von der Gemeinde allein nicht zu lösen sind. Da sind die Verkehrsexperten des Landes gefragt, die Vertreter vom VOR-Verkehrsverbund und natürlich auch die Eigentümer des Areals. Für eine sinnvolle sichere Lösung werden Grundflächen von Anrainern benötigt, aber vor allem mehrere hunderttausend Euro! Wir werden von Seiten der Gemeinde versuchen, hier alle Betroffenen an einem Tisch zu holen, um gemeinsame vernünftige Schritte zu setzen.